



Afrim Krasniqi mit Töchtern und Nachbarsmädchen in Obilic, einem trostlosen Vorort von Priština (oben). Weg wollen hier alle, hinziehen niemand. Nezir Kolgeci von der Nürnberger Awo beim Beratungsgespräch (unten).

# Bloß weg hier!

Warum eine Familie aus dem Kosovo auch nach einem gescheiterten Versuch weiter vom Leben in Deutschland träumt

Von Bartholomäus von Laffert (Text und Fotos)

Die braun-grüne Brühe stiebt auseinander, als Vezir mit dem Stecken in das Betonsilo hineinfährt. Gesund sieht das Wasser nicht aus, es stinkt faulig. „Unser Duschwasser – fast so sauber wie in Deutschland“, erklärt der 27-Jährige zynisch und zuckt mit den Schultern. Sein Deutsch holpert ein bisschen. Es ist gerade einmal fünf Monate her, dass er mit seinem Bruder Afrim, dessen Frau Shiape und den drei Töchtern zurückgekehrt ist. Zurück aus dem Mehrfamilienhaus im beschaulichen Sulzbach-Rosenberg in der Oberpfalz. Zurück in den Kosovo nach Obilic, einem kleinen dreieckigen Vorort der Hauptstadt Priština. Im Schatten des Kohlekraftwerks Kosovo A, das zu den giftigsten Energiegewinnungsanlagen Europas zählt; dessen Abgase das Grundwasser verseuchen und an schlechten Tagen als schwarzer Regen auf die Bewohner herabfallen.

Ein Ort, wo die Menschen sich den Strom illegal von den Masten zapfen und davon leben, Schrott zu sammeln. Es ist schwer vorstellbar, dass dieses Land, das 2008 die Unabhängigkeit von Serbien erklärt hat, mitten im wohlhabenden Europa liegen soll. „Wer hier geboren wird, hat nur einen Wunsch“, sagt Vezir: „Weglaufen.“ Die Krasniqis wollten weg. Weg vom Kraftwerk, weg aus der erbärmlichen Tristesse des vorstädtischen Slums, rein in die Welt, die sie bis dahin nur aus trügerischen Erzählungen von Freunden-von-Nachbarn-von-Bekanntem kannten: nach Deutschland.

„Wir haben hier keine Arbeit, keine Schule, keine Zukunft – als Roma kaum Rechte. Was hätten wir tun sollen?“, fragt Afrim Krasniqi, Vezirs vier Jahre älterer Bruder, während er eine morsche Holzlatte aus dem Fußboden bricht. Das Haus, zu dem der Boden gehört, ist kaum bewohnbar. Aus dem Abfluss klettert der Schimmel, von den Wänden bröckelt der Putz. Unterdessen schlafen die sechs Rückkehrer auf dem Fußboden der Großmutter im Haus nebenan. „Wir waren sicher, dass wir in Deutschland bleiben dürfen, sonst wären wir nie gegangen.“

Für den großen Traum haben die Krasniqis damals, als sie gingen, alles verkauft: die elektronischen Geräte, die Matratzen, die Möbel. Das Haus

nicht. Denn: Weg wollen alle, nach Obilic ziehen will niemand.

Insgesamt 4200 Euro zahlte die Familie für Schlepper, die sie versteckt zunächst im Klein-, dann im Lastwagen über die ungarische und österreichische Grenze nach München schleusen. Sie bildeten damit die Vorhut der ersten Flüchtlingswelle aus dem Kosovo im Winter 2014/15. Einem Exodus aus dem kleinen Balkanstaat gen Europäische Union, dem sich in dieser Zeit laut dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (Iamo) fast 100 000 Menschen anschlossen.

Über 40 000 davon stellten in Deutschland einen Asyl-Erstantrag. Der oberbayerische Landrat Thomas Karmasin nannte sie charmant „Winterurlauber auf Kosten unserer Steuerzahler“. Mittlerweile trudeln die Fernreisenden nach und nach wieder im Kosovo ein. Mehr als 15 000 sind schon zurückgekehrt. Eine Erfahrung reicher, viele Tausend Euro ärmer.

„Viele wurden falsch informiert und sind falschen Versprechungen gefolgt: Weglaufen ist nicht schwer“, erzählt Arben Hysenaj. „Viel schwerer ist es, zurückzukehren.“ Der 32-jährige Sozialarbeiter jagt mit seinem weißen Kleinwagen über die ungeteerte Buckelpiste zum Westen Prištinas hinaus, dass man abwechselnd um die Standhaftigkeit der stöhnenden Achsen und des klappernden Tanks fürchten muss. An den Fenstern ziehen Kohleminen vorbei, traurige Baracken mit weggefügten Dächern und eingestürzten Hauswänden, dazwischen immer wieder kleine Moscheen.

Awo Nürnberg steht in blauen Lettern auf dem Wagen geschrieben. Es ist der Name von Hysenajs Arbeitgeber. Sechs Tage die Woche ist der Sozialarbeiter unterwegs auf Recherche, um zurückgekehrte Familien wie die Krasniqis zu besuchen, zu unterstützen. Seit 2007 versucht die Arbeiterwohlfahrt im Kosovo alles, um die Menschen zurück ins Leben zu führen, die für den deutschen Traum alles hinter sich gelassen haben und nach der Abschiebung vor dem existentiellen Nichts stehen. Das Büro in Priština wurde damals auf Anfrage des Nürnberger Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) von der Awo gegründet. Mittlerweile gibt es ein zweites Büro im Süden des Kosovo. Das Projekt finanziert sich durch Zuschüsse des deutschen Außenministeriums, des bayerischen Sozialministeriums und der Awo selbst.

Eine ausgebleichte Deutschlandfahne weht vom dritten Stock des grauen Hochhauses in Priština. Unten drängen sich etwa 30 Menschen um ein kleines Tischchen, um bei der Awo mit ihren Anliegen vorsprechen zu dürfen; ein Stockwerk höher sitzt Nezir Kolgeci hinter seinem Schreibtisch, telefoniert, organisiert, berät.

Er ist der Leiter des achtköpfigen Awo-Teams. „Allein im letzten Jahr haben wir über 4000 Personen betreut“, sagt er. „Wir kümmern uns um soziale und psychologische Beratung. Wir versuchen auch finanzielle Beiträge zur Existenzgründung zu leisten.“ Denn nennenswerte Unterstützung vom Staat gibt es nicht. „Es gibt kein funktionierendes Versicherungssystem, über 40 Prozent der Kosovaren haben keine Arbeit, wer keine Verwandten im Ausland hat, hat verloren.“

Der Asylantrag der Krasniqis in Deutschland wurde abgelehnt. So wie 99 Prozent der Asylanträge von Menschen aus den Balkanstaaten. Daraufhin reisten sie freiwillig wieder aus – in der Hoffnung, irgendwann wieder nach Deutschland kommen zu können. Es zählte nicht, dass sie da schon Deutsch sprachen. Dass die Töchter den Kindergarten besuchten, die Brüder fester Bestandteil der Fußballmannschaft des SV Loderhof/Sulzbach waren und als Ein-Euro-Jobber bei der Stadt Buden für den Weihnachtsmarkt zusammenzimmerten.

„Es war die beste Zeit meines Lebens“, erzählt Vezir mit strahlenden Augen, wenn er sich zurückerinnert. Er klingt dabei ein bisschen wie ein Teenager, der vom ersten Mallorca-Urlaub schwärmt. „Hätte ich das Geld noch einmal, würde ich alles genauso machen!“

Auch Richard Donhauser hat nur gute Erinnerungen an die Krasniqis. Er ist der Vize-Vorsitzende des SV Loderhof/Sulzbach, er und die Brüder sind in der Zeit zu richtigen Freunden geworden. „Keiner kam so verlässlich zum Training wie die beiden. Noch am Sonntag bevor sie ausreisen mussten, hat Vezir für uns beim Hallenturnier getroffen“. Donhauser hat alles versucht, damit die Familie doch bleiben kann und ist mit ihr immer wieder ins Landratsamt gepilgert, um das Bleiberecht zu erstreiten. Er hat selbst über 20 Jahre lang ein Sozial- und Jugendamt geleitet: „Ich glaube, die Entscheider von der Behörde haben überhaupt keine Ahnung, wohin sie diese Menschen schicken.“

Tatsächlich wurde der Kosovo im Herbst 2015 gleichzeitig mit Montenegro und Albanien vom Bundestag als sicheres Herkunftsland eingestuft. Dadurch kann die Bundesregierung in Zukunft Asylsuchende von dort ohne individuelle Prüfung des Einzelfalls abschieben.

Wer nicht freiwillig ausreist wie die Krasniqis, wird mit Einreiseperrn belegt. Bei Pro Asyl und deren Referenten Bernd Mesovic stieß das auf harsche Kritik: „Das ist der Versuch, die Welt über den Daumen gepeilt in sicher und nicht sicher einzuteilen – wie bei einem großen Autounfall, wo zuerst die Schwerverletzten versorgt werden und der Rest liegengelassen wird.“ sagt er. Grund für die Einstufung ist auch die Annahme, dass sogee-

nannte RAE-Minderheiten (Roma, Ashkali, Kosovo-Ägypter) im Kosovo zumindest gesetzlich nicht mehr benachteiligt werden.

„Das entspricht nicht der Realität. Die Diskriminierung von Roma im Kosovo hat sich strukturell verfestigt“, sagt Mesovic. „Klar reicht eine Sache nicht als Asylgrund. Wenn aber Menschen auf der Straße beleidigt und geschlagen werden, kein Zugang zu Bildung und medizinischer Versorgung gewährleistet wird und das dazu führt, dass Menschen sterben, dann ist das im Asylverfahren zu berücksichtigen.“

Es ist die Realität von Obilic, die Mesovic beschreibt. Die Kinder jagen sich dort durch die dreckigen Pfützen, sammeln ihr Spielzeug auf dem Müll; die matschige Straße ist kaum passierbar, doch ein Auto hat hier ja sowieso niemand. „Wir waren gestern beim Bürgermeister, um zu fragen, wann es eine neue Straße gibt“, erzählt Vezir. „Er sagte: Ihr seid Roma, ihr werdet auch in den nächsten 100 Jahren keine Straße haben!“

Dabei weht über dem kleinen Rathaus in Obilic die kosovarische Flagge mit den sechs gelben Sternen auf blauem Grund. Sechs Sterne für die sechs Bevölkerungsgruppen, die einmal einen homogenen Staat bilden sollen. Sechs Bevölkerungsgruppen, die in Wahrheit so separiert sind wie die Sterne auf dem Banner. „Die meisten Menschen würden im Kosovo bleiben, würden sie nur 300 Euro im Monat verdienen“, glaubt Sozialarbeiter Arben Hysenaj.

300 Euro verdienen die Krasniqis nicht. Sie sind auf die Unterstützung der Awo angewiesen und auf die der Freunde aus Deutschland, die immer wieder Geld schicken. Doch ausgeträumt haben die Krasniqis den Traum von Deutschland noch nicht. Mit dem 1. Januar 2016 hat die Bundesregierung die Reglementierung zur Arbeitsaufnahme kosovarischer Arbeitnehmer gelockert. Kumpels aus der Fußballmannschaft haben den Krasniqi-Brüdern einen Job bei einer Holzbaufirma organisiert. Mitte April hat das Landratsamt der Arbeitsmarktanfrage der zwei zugestimmt – doch die deutsche Botschaft in Priština stellte sich quer. Noch. „Wir werden das Visum bekommen“, ist Afrim ganz sicher. „Ohne diese Hoffnung, wäre ich schon längst verzweifelt.“

